

GAZA-Update

EINGESPERRT – GEFANGEN

Eine Mauer um die Stadtquartiere von Basel und niemand kann raus oder rein, ausser ein paar HilfswerkvertreterInnen, die Nahrungsmittel an die BewohnerInnen verteilen. ArbeiterInnen können nicht mehr in die Fabriken der umliegenden Vororte fahren, StudentInnen nicht mehr an anderen Unis lernen. Undenkbar sind Reisen und Ausflüge nach Bern oder Zürich, geschweige denn in ferne Länder. Die Betriebe im Stadtgebiet stehen still, weil Rohstoffe und Ersatzteile fehlen. Erholung in der Natur gibt nur noch an den Rheinborden, auch wenn der Rhein eine stinkende Kloake geworden ist, weil die Abwässer ungereinigt in den Fluss fliessen. Strom und sauberes Wasser gibt es nur wenige Stunden pro Tag. Wohnhäuser und die öffentliche Infrastruktur sind durch Bomben stark beschädigt und können aus Mangel an Baumaterialien und Ersatzteilen nicht wieder aufgebaut werden. Und das schon seit Jahren. Betroffen von einer solchen Blockade sind nicht 180 000 BaslerInnen, sondern 1,5 Millionen PalästinenserInnen, darunter zwei Drittel Flüchtlinge.



Das scheint auch den entscheidenden Unterschied auszumachen, warum die Regierungen in Europa und den USA völkerrechtliche Standards zum Schutz der dortigen Zivilbevölkerung nicht durchsetzen.

An der katastrophalen Lage der Eingeschlossenen gibt es keine Zweifel. Der UNO-Untersuchungsausschuss von Richard Goldstone stellte die Verstösse gegen das internationale Recht – etwa die Blockade oder die Kriegsverbrechen bei militärischen Angriffen – fest, Amnesty untersuchte den Mangel an Trinkwasser, das Rote Kreuz beklagt die Importsperrung für Baumaterialien für den Wiederaufbau und anerkannte internationale Hilfswerke die Importbeschränkungen für Nahrungsmittel, Gas oder Strom.



Durchbrechen des Grenzzauns zu Ägypten im Januar 2008

Auch die Verantwortlichen sind klar. Die Menschen im Gazastreifen sind nicht Opfer einer Naturkatastrophe. Es ist völlig unzureichend, wenn sich internationale Organisationen und Regierungen auf humanitäre Hilfe und das Lebensnotwendigste beschränken und die Garantierung politischer Rechte ausklammern. Angesichts der unbeugsamen Haltung Israels und des offenen oder verdeckten Rückhalts westlicher und einzelner arabischer Regierungen für diese Politik sind die von Geberländern zugesagten Wiederaufbaumittel in der Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar nutzlos.

Ohne unser Eingreifen und politischen Druck auf unsere Regierungen sowie das für die Situation massgeblich verantwortliche Israel wird sich die Lebenssituation für die Menschen im Gazastreifen nicht verbessern. Die seit Jahren anhaltende Blockade des Gazastreifens dient der kollektiven Bestrafung einer ganzen Bevölkerung. Das Ende dieser völkerrechtswidrigen Blockade ist daher der dringlichste erste Schritt zur Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen für die betroffene Bevölkerung. Rund um den ersten Jahrestag der israelischen Militäroperationen von Winter 2008/09 im Gazastreifen sind regional und international Solidaritätsaktionen geplant. Beteiligen Sie sich!

GAZA

ISRAEL ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

Im jüngsten Krieg gegen den Gazastreifen zwischen 27. Dezember 2008 und 18. Januar 2009 hat die israelische Armee massive Völkerrechtsverletzungen begangen. Die Forderung, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat eine öffentliche Kontroverse hervorgerufen. Dabei signalisieren vor allem die westlichen Regierungen, dass sie Israel weiterhin Strafflosigkeit gewähren werden.

Nachdem verschiedene Menschenrechtsorganisationen und internationale Beobachter schwere Vorwürfe gegen Israel erhoben hatten, setzte der Uno-Menschenrechtsrat eine Untersuchungskommission unter Leitung des südafrikanischen Völkerrechtlers Richard Goldstone ein. Der Auftrag der vierköpfigen Juristenkommission lautete, alle Verletzungen von Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht zu erheben, die im Zusammenhang mit der israelischen Militäroperation im Gazastreifen von letztem Winter verübt wurden. Ende September 2009 legte Richard Goldstone seinen Untersuchungsbericht vor. Israel reagierte mit heftigen Gegenattacken auf die Veröffentlichung der Ergebnisse. Auch die USA und die EU setzten alle Hebel in Bewegung, um den Bericht zu diskreditieren oder seine Behandlung in den UNO-Gremien zu verzögern. Selbst diplomatische Vertreter der weitgehend von Geldern und dem Goodwill der USA abhängigen Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) schlossen sich den Manövern zuerst an. Die PA musste aber nach massiven Protesten der palästinensischen Öffentlichkeit ihre Haltung revidieren. Schliesslich wurde der Bericht in einer Sondersitzung



des UNO-Menschenrechtsrats entgegengenommen und darauf in der UNO-Vollversammlung nach zweitägiger Debatte mit 114 Stimmen bei 18 Gegenstimmen und 44 Enthaltungen angenommen. Von den westeuropäischen Staaten haben nur die Schweiz, Portugal und Irland für den Goldstone-Bericht gestimmt; Deutschland, die Niederlande, Italien, Ungarn und Polen gehören zu den Ländern, die sich dagegen ausgesprochen haben; alle anderen EU-Staaten konnten sich nicht durchringen, dem Bericht zuzustimmen und Israel zur Verantwortung zu ziehen.

Grundrechte als Gradmesser

In der öffentlichen Wahrnehmung wird der Palästina-Konflikt oft als irrationale Spirale von Gewalt gesehen. Im besten Fall werden dafür fanatische Kräfte auf „beiden Seiten“ verantwortlich gemacht, oft aber auch einseitig die PalästinenserInnen, gegen die sich Israel aus einem legitimen Schutzbedürfnis heraus wehre. Gleichzeitig wird der Konflikt stark emotionalisiert und psychologisiert: als eine Folge von Angst, Hass, Rache und ähnlichen Gefühlen.

Immer mehr in Vergessenheit gerät dabei die strukturelle Ursache des Konflikts: die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft durch Vertreibung und Aneignung ihres Reichtums durch den israelischen Staat. Diese schreitet ungebrochen voran und stützt sich auf die israelischen Institutionen und Gesetze. Ein Ausweg aus der – bewaffneten wie strukturellen, institutionellen – Gewalt setzt die Rückbesinnung auf fundamentale Grundrechte voraus. Diese muss die Solidaritätsbewegung auch von den politischen Verantwortlichen mit Nachdruck einfordern, damit entsprechender Druck auf Israel ausgeübt wird.



Vorwürfe und Empfehlungen

Gegen Israel werden im Wesentlichen folgende Vorwürfe erhoben: exzessiver Einsatz von Gewalt ohne Unterscheidung ziviler und militärischer Ziele, politisch motivierte kollektive Bestrafung und Terrorisierung der Bevölkerung durch die Blockade und die Art der Angriffe, Einsatz geächteter Waffen, Unterlassung und Behinderung von Hilfeleistungen, Zerstörung von zivilen Einrichtungen und Infrastrukturen der UNO sowie eine Reihe weiterer Verstösse gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in den besetzten Gebieten und in Israel selbst (darunter Folter, Administrativhaft, Diskriminierung, Einschränkung der Bewegungs- und Meinungsfreiheit). Daneben wirft der Bericht auch der Hamas und palästinensischen Milizen Völkerrechtsverletzungen, insbesondere die Nichtunterscheidung von zivilen und militärischen Zielen, sowie der PA und der Hamas die Unterdrückung und Misshandlung politischer Gegner vor. Der Bericht schliesst mit konkreten, differenzierten Empfehlungen an die massgeblichen UNO-Organen. Insbesondere soll der Sicherheitsrat von Israel und den palästinensischen Behörden im Gazastreifen eine unabhängige, internationalen Rechtsstandards genügende Untersuchung innerhalb einer festgelegten Frist verlangen und bei unbefriedigenden Ergebnissen den Internationalen Strafgerichtshof einschalten. Die Unterzeichnerstaaten der Genfer Konventionen werden aufgefordert, eigenständig bei den nationalen Gerichten Strafverfahren gegen mutmassliche israelische (und palästinensische) Kriegsverbrecher einzuleiten. Die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen wird aufgefordert, eine Konferenz der Vertragsstaaten einzu-berufen.

Bedeutung des Goldstone-Berichts

Richard Falk, UNO-Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete, geht in einem Artikel auf die Bedeutung des Goldstone-Berichts und die Gründe für die fast hysterische Reaktion Israels ein.¹ Richard Goldstone genießt international einen ausgezeichneten Ruf, zeichne sich aber gleichzeitig durch eine israelfreundliche Einstellung aus, weshalb die Ergebnisse nicht einfach mit dem Verweis auf antiisraelische Voreingenommenheit abgetan werden könnten. Die israelfreundliche Haltung kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass Israels Rechtfertigungen des Kriegs als Akt der Selbstverteidigung übernommen und die Frage des Waffenstillstands und somit jene nach dem Aggressor ausgeklammert wurden. Zum anderen sei seit dem Gaza-Krieg

ein Wandel in der öffentlichen Meinung feststellbar, der den Druck auf Israel deutlich erhöhe.

Umsetzung der Schlussfolgerungen

Die Empfehlungen der Goldstone-Kommission gehen in ihrer Verbindlichkeit deutlich über bisherige Vorschläge hinaus, die beispielsweise im Gutachten über den Bau der Apartheid-Mauer formuliert wurden. Der Goldstone-Bericht entwirft

Den Opfern ein Gesicht geben

Statistiken über die Opfer der israelischen Militäroperation von Winter 2008/09 – 1414 Tote, darunter 1177 Zivilpersonen (83%), 118 Frauen, 313 Kinder, über 5000 Verletzte, 50 000 Obdachlose – können kaum etwas von der Lebensrealität der Betroffenen vermitteln. Hinter



den Zahlen stehen Schicksale von Menschen, die schon vor und auch nach dem Ende der Angriffe unter schwierigsten Bedingungen leben, die massgeblich von Israel bestimmt werden. Das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) im Gazastreifen hat mehrere Sonderberichte veröffentlicht, die Opfer der israelischen Militär-operationen zu Wort kommen lassen, darunter zu Frauen (Through Women's Eyes), zu gezielten Angriffen auf Zivilpersonen (Targeting

Civilians) und zu Kindern (War Crimes against Children). Vor allem der Bericht zu Frauen und genderspezifischen Folgen der Angriffe zeigt, wie tief die Militäroperationen und die Blockade in die gesamte Gesellschaftsstruktur eingreifen. Die Einzelschicksale werden in Bezug zu den Bestimmungen des internationalen Rechts gesetzt, die jeweils verletzt wurden.

Alle Sonderberichte unter: http://www.pchrgaza.org/files/Reports/English/pdf_spec/spec_reports.html

Zeugenaussagen von israelischen Soldaten über ihre Einsätze während verschiedener Militäroperationen finden sich auf der Website von Breaking the Silence: www.breakingthesilence.org.il und auf YouTube: Burning Conscience: Israeli Soldiers Speak Out <http://www.youtube.com/watch?v=37MFa7ZKQWo>

¹ In deutscher Übersetzung unter: www.zeit-fragen.ch/index.php?id=3563

GAZA



einen „Aktionsplan“, der klare, praktische Empfehlungen enthält, welche Schritte wann und von wem genau zu unternehmen sind, wie Reem Mazawi von der auf Flüchtlingsrechte spezialisierten palästinensischen NGO Badil betont.² Die Aufforderung der Kommission an die nationalen Gerichtshöfe, Verfahren gegen die Verantwortlichen von Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzustrengen und damit internationales Strafrecht auch gegen israelische Täter durchzusetzen, entspricht einer von unabhängigen Richtern und Menschenrechtsorganisationen seit einigen Jahren verfolgten Strategie. Bisher wurden solche Bemühungen von westlichen Regierungen blockiert, israelische Militärs rechtzeitig gewarnt oder die nationalen Gesetzgebungen verschärft, um Strafverfahren zu verhindern. Dennoch macht sich unter israelischen Armeechefs und Politikern die Angst vor einer Verhaftung breit: Rechtsberatung vor Auslandsreisen gehört heute zum Standard und verschiedentlich wurden Reisen abgesagt, wie jüngst die Englandreise von Aussenministerin Tzipi Livni, die vom Jewish National Fund als Rednerin eingeladen war.

Richard Goldstone betont in einem Kommentar in der New York Times³, weder Staaten noch bewaffnete Gruppen dürften über das Recht erheben sein. Insbesondere westliche

Regierungen stünden hier vor einer Herausforderung, da sie an Orten wie Darfur darauf gedrängt hätten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, und dies nun auch im Fall von Israel, „einem Verbündeten und demokratischen Staat“, tun müssten.

Öffentlicher Druck nötig

Dass sich die westlichen Regierungen aufgrund des Berichtes durchringen, die Israel seit Langem gewährte Straflosigkeit für wiederholte schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zu beenden, ist nicht zu erwarten. Umso wichtiger ist daher das Engagement der Zivilgesellschaft. Ein



² Al Majdal, Dezember 2009, www.badil.org.

³ http://www.nytimes.com/2009/09/17/opinion/17goldstone.html?_r=1&re=opinion

GAZA

Ansatz ist die Verbreitung des Inhalts des Goldstone-Berichts, der auf private Initiative übersetzt wurde und demnächst auf Deutsch erscheinen wird. Der in Zürich lebende Palästinenser Firas Abdelhadi gehört zum Kreis jener Personen, die für die Übersetzung des 500-seitigen Textes gesorgt haben. Er sieht die Bedeutung des Berichts in der moralischen, politischen und rechtlichen Unterstützung für das palästinensische Volk, dessen Leid endlich die seit Jahren ersehnte Anerkennung erfahre. Erstmals werde das Schutzschild durchbrochen, das Israel absolute politische und rechtliche Immunität gewährt habe, oder zumindest sei ein erster Schritt getan. Diese Unterstützung gegen den kolonialen Apartheidstaat Israel sei dringend nötig, um bei den PalästinenserInnen den letzten Funken an Hoffnung zu retten, den sie in die internationale Gemeinschaft und deren Gerechtigkeitsinn setzen.

Richard Falk misst der Mobilisierung der Öffentlichkeit und dem Engagement der Solidaritätsbewegung in diesem „Krieg um Legitimität“ grösste Bedeutung bei: „Wie im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika könnten sich die Kräfteverhältnisse möglicherweise nicht auf dem Wege der Diplomatie oder durch bewaffneten Widerstand zugunsten der PalästinenserInnen verschieben, sondern auf dem symbolischen Schlachtfeld der Legitimität im globalen Rahmen ...“ Die Stärkung der BDS-Kampagne (Boycott, Desinvestition und Sanktionen) ist ein wichtiges Mittel, um den Druck gegenüber Israel, aber auch gegenüber den europäischen Regierungen und den USA zu erhöhen, damit die von der Untersuchungskommission empfohlenen Konsequenzen auch tatsächlich gezogen werden.

„DURSTIG NACH GERECHTIGKEIT“

Ende Oktober veröffentlichte Amnesty International (AI) eine Studie, die aufzeigt, wie Israel PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten den Zugang zu genügend Wasser verweigert. Das palästinensische Menschenrechtszentrum (PCHR) beschreibt in einem kürzlich erschienen Bericht detailliert die Auswirkungen der Zerstörungen der letzten grossen israelischen Militärinvasion. Beide Berichte bestätigen die katastrophale Wasserversorgung.

Amnesty stellt die Lage der PalästinenserInnen in einen grösseren, internationalen Rahmen: „Wie viele andere Gemeinschaften im Süden leiden auch palästinensische Ortschaften zunehmend unter akutem Wassermangel. Obwohl das Klima in Israel und Palästina von Natur aus regenarm ist, hat diese Notlage ihren Ursprung hauptsächlich in der ungleichen Verteilung des Wassers. Eine breitere Anerkennung des Rechts auf Wasser als Menschenrecht würde viele Gemeinschaften in ihrer Forderung nach einer gerechten Verteilung unterstützen“, schreibt Amnesty in einer Presserklärung zur Herausgabe des Berichts. Anlass für die Untersuchung über den Wassermangel der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten (Westbank und Gaza) war das internationale Wasserforum im März 2009 in Istanbul. „Obwohl der 3. Bericht der UNO zur Situation des Süsswassers dramatisch ist, war am 5. Weltwasserforum von Seiten der MinisterInnen kein Wille zum Handeln erkennbar.“ Amnesty und engagierte NGOs, Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen versuchen deshalb, die prekäre Wasserversorgung in verschie-



denen Gegenden weltweit zu dokumentieren und deren Ursachen aufzuzeigen. Sind in vielen Gegenden die Privatisierung der Wasserversorgung oder der Klimawandel Ursache der mangelnden Wasserversorgung, so ist es in Palästina vor allem der Wasserraub und die Unterbindung des Zugangs zu Wasser durch die Besatzungsmacht Israel.

Die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten deckt ihren Bedarf an Brauch- und Trinkwasser ausschliesslich aus Grundwasser. Das Wasser des Jordans, der grössten Ressource an Oberflächenwasser, wird ausschliesslich von Israel beansprucht. Sogar die noch verbleibenden Bauern und Schafhirten im Jordantal müssen ihr Wasser in Tankwagen von weit her holen. Die Zisternen zum Auffangen des seltenen Regenwassers wurden von der israelischen Armee systematisch zerstört.

Die Pumpstationen für das qualitativ bessere Grundwasser in der Westbank werden weitgehend von der israelischen Armee kontrolliert. Die Besatzungsmacht zweigt davon

GAZA



80 Prozent für ihre eigene Nutzung ab und versorgt damit die Siedlungen und die Bevölkerung im eigenen Land.

Die Bevölkerung im Gazastreifen kann sich nur aus den Grundwasserströmen versorgen, die sich von Norden der Küste entlang erstrecken. Weil dieses Grundwasser nicht für die Versorgung der heute 1,5 Millionen Menschen im Gazastreifen ausreicht, wurde es in den letzten Jahrzehnten unter israelischer Besatzung übernutzt. Die damit einhergehende Absenkung des Grundwasserspiegels hat zum Eindringen von Meerwasser und Abwasser geführt. 95 Prozent dieses Grundwassers sind daher für Trink- oder sauberes Brauchwasser nicht mehr geeignet. Nach dem Abzug der SiedlerInnen aus dem Gazastreifen hat Israel den Zufluss von unterirdischem Grundwasser mit Sperren und Wasserpumpen entlang der Grenze unterbunden, was die Wasserknappheit noch vergrößert hat.

Zerstörung der Wasserversorgung

Neben Mangel an Wasser ist die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung insbesondere im Gazastreifen durch die Zerstörungen der schon schlecht ausgebauten Infrastruktur für die Wasserversorgung prekär. Amnesty zählt verschiedene konkrete Beispiele von gezielten Zerstörungen am Ende der militärischen Invasion letzten Winter auf. Die wenigen Wasseraufbereitungsanlagen wurden während der Offensive zerstört oder arbeiten heute aus Mangel an Ersatzteilen und der unregelmässigen Stromversorgung nur mit einem Bruchteil ihrer ursprünglichen Kapazitäten. Mit den Bombardierungen von Kläranlagen wurden zudem grössere landwirtschaftliche Flächen durch das Eindringen von Schmutzwasser unbenutzbar.

Durch die andauernde Blockade können die zerstörten Anlagen nicht repariert werden.

Der Bericht spricht deshalb von einem Kollaps der Wasserversorgung in Gaza. 800 000 Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens, haben nach UNO-Angaben nicht einmal mehr direkten Anschluss an

das selten verfügbare Fliesswasser. UNO-Gesundheitsbeobachter stellen eine massive Zunahme von Verdauungskrankheiten und Vergiftungen von Kleinkindern fest, die durch den Kollaps der Wasserversorgung während und nach dem Krieg verursacht sind. Amnesty fordert im Bericht deshalb auch ausdrücklich die Aufhebung der Blockade.

Oslo-Abkommen zementiert ungleiche Verteilung

Amnesty spricht davon, dass das Oslo-Abkommen 1993/94 die israelische Kontrolle über das Wasser und die mangelnde Versorgung der palästinensischen Bevölkerung zementiert hat. Die „Wasserpolitik“ Israels beginnt nicht erst mit dem Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen oder der Bildung der Hamas-Alleinregierung im Gazastreifen. Die Rolle des für Wasserversorgung zuständigen palästinensischen Ministeriums beschränkt sich trotz gemeinsamer israelisch-palästinensischer Wasserkommission seit seiner Entstehung auf die Entgegennahme von Anweisungen der Besatzungsmacht. Der Bericht erwähnt mehrere Projekte zum Unterhalt oder zur Verbesserung der Wasserversorgung in der Westbank, die Israel trotz reichlichen Geldern (hauptsächlich von der EU) blockieren konnte. Amnesty sieht in der Wasserpolitik Israels in den besetzten Gebieten auch als ein Mittel, PalästinenserInnen aus einzelnen Gebieten (z.B. aus dem Jordantal) zu vertreiben.

Die humanitäre Notlage dauert an

Das Palestinian Center for Human Rights (PCHR) in Gaza beschreibt detailliert die gezielte Zerstörung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung im Gazastreifen. Nur



GAZA



noch eine Minderheit der Bevölkerung (30%) hat während wenigen Stunden am Tag Zugang zu fliessendem Trinkwasser. Die Schmutzwasserentsorgung funktioniert nur noch zu einem Drittel ihrer ursprünglichen Kapazität. Der wenige verfügbare Treibstoff wird vor allem für das Abpumpen der Güllelöcher verwendet (die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht mehr an Abwasserleitungssysteme angeschlossen), das Abwasser kann aber kaum mehr gereinigt werden und fliesst so ins Meer.

Für uns in Europa ist ein funktionierendes Abwassersystem zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir müssen uns keine Gedanken über die Entsorgung von Schmutzwasser machen, wenn wir das WC benutzen, duschen oder das Geschirr spülen. Wenn das PCHR die Zerstörungen der drei Abwasserkläranlagen und vieler Abwasserpumpen beschreibt, können wir uns trotz Bildern der von Schmutzwasser überschwemmten Strassen in Gaza-City nur schwer eine Vorstellung von den insbesondere gesundheitlichen Auswirkungen machen. Und das ist nur ein Aspekt der Lebensbedingungen unter totaler Abriegelung.

Der vollständige 112-seitige Amnesty-Bericht und die 18-seitige Zusammenfassung finden sich auf der Webseite von Amnesty International Schweiz: <http://www.amnesty.ch/de>, der PCHR-Bericht unter http://www.pchrgaza.org/files/Reports/English/pdf_spec/report%20sewage.pdf.

PS: Das UNO-Wasserforum in Istanbul wurde unter anderem vom französischen Veolia-Konzern finanziert. Der Konzern profitiert von der weltweiten Privatisierung staatlicher Infrastrukturen (Wasser, Abfall, Strassenunterhalt). Der Transportteil des Konzerns baut und betreibt auch die völkerrechtswidrige Strassenbahnlinie in Jerusalem, die Siedlungen und den besetzten Ostteil der Stadt mit dem Westen verbindet.

DER GAZA FREEDOM MARCH

Die Idee eines Friedensmarsches gegen die Blockade entstand in den USA nach der militärischen Offensive Israels gegen die eingeschlossene Bevölkerung des Gazastreifens. Eine wichtige Rolle für die Entstehung der internationalen Aktion spielte die Organisation Code Pink in den USA. Code Pink ist eine US-amerikanische feministisch-pazifistische Basisbewegung, deren Ziele die Beendigung existierender militärischer Konflikte, insbesondere des Irakkrieges, die Verhinderung neuer Kriege und die Konzentration der Ressourcen auf lebensbejahende Ziele wie Gesundheitsfürsorge und Bildung sind. Im Verlauf des Jahres haben sich weltweit AktivistInnen dieser Idee angeschlossen. Im Sommer hat sich der nationale Ausschuss der palästinensischen Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BNC) der Initiative angeschlossen; ebenso Aktive aus Europa, dem südlichen Afrika und Ägypten. Bereits haben sich über tausend Internationale für den Marsch von der Grenzstation Rafah zur israelischen Grenzstation Erez im Norden des Gazastreifens angemeldet (darunter zehn TeilnehmerInnen aus der Schweiz), Tausende aus Ägypten werden dazustossen. Gleichzeitig organisieren israelische Organisationen Solidaritätsmärsche zur israelischen Seite von Erez. Aus verschiedenen Ländern Europas (u.a. England) sind Konvois mit Hilfsgütern unterwegs, die sich Ende Jahr den MarschiererInnen anschliessen werden.

Das zentrale Ziel der Aktion ist, international auf die völkerrechtswidrige Blockade aufmerksam zu machen und diese mit einer gewaltfreien Demonstration an der ägyptischen Seite des Gazastreifens zu durchbrechen. Ob dies praktisch gelingt, wird sich Ende des Jahres erweisen. Mit Aktionen vor und während des Marsches soll auch international mit Schwerpunkt in den USA und Europa Druck auf die hiesigen Regierungen ausgeübt werden, ihre Komplizenschaft mit Israel aufzugeben. „Die Blockade des Gazastreifens dauert an. Es ist Zeit für uns aktiv zu werden“, schreiben die Organisatoren in einem Aufruf Ende Oktober.

Informationen über den Marsch mit Listen der UnterstützerInnen und TeilnehmerInnen finden sie auf der Webseite www.gazafreedommarch.org.

GAZA

Spenden

Herzlichen Dank für die vielen Spenden nach der letzten Sondernummer zu Gaza. Unsere Aktionen und Publikationen werden wesentlich durch diese finanzielle Unterstützung getragen.

Schmeissen Sie den beiliegenden Einzahlungsschein nicht ins Altpapier!

Konto Nr. PC: 40-756856-2

IBAN: CH31 0900 0000 4075 6846 2

Gaza-Update

Aus Gründen der Aktualität und der geplanten Solidaritätsaktionen zur Aufhebung der Blockade publizieren wir hier neue Informationen zur katastrophalen Situation der Menschen im Gazastreifen.

Die Gaza-Sondernummer vom letzten Frühling ist in einer Auflage von 30 000 Stück erschienen und wurde grossflächig verteilt und im Mai 2009 der WoZ beigelegt. Restexemplare können noch bestellt werden.

Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel oder info@palaestina-info.ch



Impressum

Sonderausgabe des Palästina-Info Herbst 09

Auflage 1400

Gestaltung: G. Iliev

Herausgeberin:

Palästina-Solidarität Region Basel

Postfach 4070, 4002 Basel

www.palaestina-info.ch

Aktivitäten zum Gaza Freedom March in der Schweiz



Der Gaza Freedom March vom 27.12.2009 bis 2.1.2010, mit dem das Ende der Blockade des Gazastreifens gefordert wird, führt von Rafah an der ägyptischen Grenze bis zum

israelischen Grenzposten Erez. Unter den Teilnehmern finden sich auch SchweizerInnen.

Gleichzeitig finden an verschiedenen Orten in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz Mahnwachen, Kerzenaktionen und Informationsveranstaltungen in Gedenken an die brutale militärische Aggression Israels vor einem Jahr und in Solidarität mit der eingeschlossenen Bevölkerung statt.

Am Sonntag, 27. Dezember gibt es in Bern, Genf und Lugano eine gemeinsame Auftaktveranstaltung mit Tausenden von Kerzen; die Aktionen werden in der anschließenden Woche in der ganzen Schweiz weitergeführt.

Informationen zu den einzelnen Aktionen und Berichte über den Marsch finden Sie auf: www.gazafreedommarch.ch und www.urgencepalestine.ch

Aktuelles auf unserer Webseite

Auf unserer neuen Webseite www.palaestina-info.ch finden sich jeweils Informationen über die neuesten Aktivitäten der Palästina-Solidarität und Möglichkeiten zum Mitwirken.

